

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die Spaltenzeile Kleinzeile oder deren Raum 6 M., Reklamezeile 12.50 M.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 107

Dienstag, den 12. September 1922.

Postfach 10114

16 Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 431.

Nebericht

Über die Einnahmen der Gemeinden des Kreises nach der Verwertung des Abfalls aus den Gemeindeabfallanlagen.

Küringen 3720.50 M., Biebrich 7735 M., Wiesbaden 24 000 M., Dillenburg 1528.50 M., Dillenburg 7961 M., Dillenburg 3064.50 M., Dillenburg 2573 M., Dillenburg 168 M., Dillenburg 2325.00 M., Dillenburg 2063.20 M., Dillenburg 2268.10 M., Dillenburg 168 M., Dillenburg 1241.20 M., Dillenburg 1304.10 M.

Wiesbaden, den 6. September 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses: J. B. Scheller.

Nr. 432.

Bekanntmachung

Anteil des von dem Amt eines Gemeindevorstandes zurückgetretenen Landwirts Wilhelm Sepp II. in Wiesbaden ist der Gemeindevorstand als Beirat der Gemeinde Wiesbaden gewählt und von ihm unter dem heutigen Tage verschieden und in sein Amt eingeführt worden.

Wiesbaden, den 8. September 1922.
Der Landrat: J. B. Scheller.

Nr. 433.

Die Polizeiverordnungen und Ortspolizeibefehle des Kreises sowie die zur Beachtung auf den in Ministerialblatt für die innere Verwaltung Nr. 36, Spalte 861 und 862, abgedruckten Erlasse betr. polizeiliche Führungszeugnisse, ergeht hin.

Wiesbaden, den 8. September 1922.
Der Landrat: J. B. Scheller.

Nr. 434.

Erinnerung

Die Magistrat und Gemeindevorstände, die mit Erhebung meiner II. g. V. Verfügung vom 5. Juli 1922, Nr. 11, 338/3, betreffend: Bericht über den Stand der Gegenhaltung am 15. August 1922, noch im Rückstand sind, werden an die alsbaldige Erhebung erinnert.

Erhebungstermin bis zum 20. d. Mts. bestimmt.
Wiesbaden, den 7. September 1922.
Der Landrat: J. B. Scheller.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Der Reichspräsident in der Nordmark. Am 11. September, 8. September, im weiteren Verlauf seines flensburger Aufenthaltes besuchte der Reichspräsident die nördlichen Gebiete der Nordmark, insbesondere die hiesige an der Grenze gelegene Schule auf dem Reichstag Berg. Während der ganzen Fahrt gestattete sich die Begrüßung der Bewohner zu machtvollen Kundgebungen für das Deutsche Reich und zu einem Gelände der Treue zum Reich und zur Republik. Bei der Abfahrt von Flensburg richtete der Reichspräsident einige Abschiedsworte an das Publikum, wobei er auf die Pflicht des Reiches hinwies, die schwer ringende Bevölkerung der Nordmark nach besten Kräften zu unterstützen.

Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berlin, 8. September. Der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten trat heute vor-mittag unter dem Vorsitz Stresemanns zusammen. Der Reichskanzler gab in großen Zügen einen Überblick über die von der Reichsregierung geführte Verhandlung der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten. Der Reichskanzler gab in großen Zügen einen Überblick über die von der Reichsregierung geführte Verhandlung der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Bürgermeister von Bens ist für Montag zu einer Sitzung zusammenberufen, um zu diesem Vorholog Stellung zu nehmen. Bens, der an den vor Monats geführten Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften und Technikerorganisationen sehr lebhaften Anteil genommen hat, ist einer der Vorkämpfer des Gedankens der direkten Beteiligung deutscher Arbeitsträfte am Wiederaufbau.

Ein bayerischer Vorschlag, wie es besser werden soll. München, 8. September. Der Abg. Gamminger der Bayerischen Volkspartei hat Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung veröffentlicht, die darauf hinauslaufen, daß die Reichsregierung eine Notverordnung zu erlassen habe, wonach sämtliche Gegenstände des Bedarfs als auch die Löhne und Gehälter auf einen Stichtag bezogen und auf die Dauer eines Jahres gleichbleibend fixiert werden müssen. Weiterhin, aber nicht die Preise der hierbei hergestellten Waren sollen ausgenommen sein. Zur Durchführung dieses Vorschlages würden sich einige Korrekturen der bayerischen Wirtschaft als notwendig erweisen. Erforderlich wären mindestens 100 Milliarden Mark im Jahre, während die jetzige Methode noch viel mehr kostet. Wie der „Münchener Zeitung“ gemeldet wird, ist Abg. Gamminger zu einer Bepredung über seinen Vorschlag telegraphisch zum Reichskanzler berufen worden.

Die deutsch belgischen Verhandlungen

Zugewandte Unterbrechung. — Belgische Bedenken in der Frage der Laufzeit der Schahwechsel. Ab Berlin, 9. September. Die Verhandlungen mit den Vertretern der belgischen Regierung in der Frage der Schahwechsel sind heute zu Ende geführt worden. Ein abschließendes Ergebnis ist noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Schahwechsel über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da die Verlängerung nach der Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden morgen mittag nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr oben umschriebenes Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

Verbot der Rheinlandkommission

Paris, 10. September. Nach einer Havas-Meldung aus Coblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission das Verbot der Währungs- und Geldverkehr zwischen der Rheinlandkommission und der Reichsregierung. Die Währungs- und Geldverkehr zwischen der Rheinlandkommission und der Reichsregierung ist verboten. Die Währungs- und Geldverkehr zwischen der Rheinlandkommission und der Reichsregierung ist verboten.

Paris, 10. September. Havas. Man weiß, schreibt der „Matin“, daß das Reich beschaffen hat, „Deutschland, Deutschland über alles“ als Nationalhymne einzuführen. Da dieses Lied im Rheinland verboten sei, wende man sich an die Rheinlandkommission. In Beantwortung einer amtlichen Mitteilung der Reichsregierung durch den Reichskommissar hat die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission einstimmig beschlossen, ihr Verbot nicht zurückzunehmen. Sie hat erklärt, daß „Deutschland, Deutschland über alles“, das vier Jahre lang in den Ohren der Bevölkerung des besetzten Frankreichs und Belgiens erklungen habe, von ihr als ein Lied aggressiven Charakters betrachtet werde, das den Geist der Eroberung und der Herrschaft anme, der sich an den Willen der Völker bis zur Ewigkeit ausdehnen möchte. Die Alliierten ziehen daher vor, aus Gründen der Sicherheit Europas diese Gebärde der Herrschaft zu beseitigen.

Katastrophale Verkehrs- und Wirtschaftslage im polnischen Oberschlesien

Berlin. Ueber die katastrophale Verkehrs- und Wirtschaftslage im polnischen Oberschlesien veröffentlicht die „Vorwärts“ „Rückspiegel“ einen Ausblick über den Bericht ihres nach Oberschlesien entsandten Korrespondenten. Der Bericht stellt fest, daß 19 000 Kohlenwagen auf den Straßen liegen und die Verkehrswege verstopfen. Er nennt die Verpflegungsschwierigkeiten, die durch die Kohlenknappheit entstehen. Die Verpflegungsschwierigkeiten, die durch die Kohlenknappheit entstehen, sind katastrophal. Die Verpflegungsschwierigkeiten, die durch die Kohlenknappheit entstehen, sind katastrophal.

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Berlin. Nach einer Meldung aus Leipzig ist als erster Prozeß der vorläufiglich vor dem Staatsgerichtshof zur Verhandlung kommen wird, das Verbrechen gegen die Rathenau-Mörder. Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder wird am 1. Oktober in Leipzig angesetzt. Es werden folgende Angeklagte genannt: 1. Student Ernst Werner Tschow-Berlin, 2. Schüler Hans Gert Tschow-Berlin, 3. Student Willi Glinther-Berlin, 4. Kaufmann Christian Illmann-Schwerin, 5. Student Gustav Steinbock-Dresden, 6. Privatdozent Waldemar Niedrig-Hamburg, 7. Kaufmann Friedrich Wardenburg, 8. Kaufmann Ernst v. Salomon-Frankfurt a. M., 9. Kaufmann Richard Schütz-Schwerin, 10. Student Karl Tietzen-Frankfurt a. M., 11. Student Karl Tietzen-Frankfurt a. M., 12. Schriftsteller Helmut Pfah-Frankfurt a. M., 13. Kaufmann Werner Sch-Berlin. Die Angeklagten sind wegen Mordes, Beihilfe und Begünstigung zu diesem Verbrechen angeklagt. Die Anklage ist ihnen am 9. September zugestellt worden. Innerhalb einer Woche haben sie zu erklären, ob sie Einwendungen machen. Darauf wird der Zeitpunkt der Verhandlung festgelegt.

Die von Oberstaatsanwalt Obermann verfasste Anklageschrift in Sachen der Rathenau-Mörder steht am 12. September im Reichsjustizministerium. Die Angeklagten sind wegen Mordes, Beihilfe und Begünstigung zu diesem Verbrechen angeklagt. Die Anklage ist ihnen am 9. September zugestellt worden. Innerhalb einer Woche haben sie zu erklären, ob sie Einwendungen machen. Darauf wird der Zeitpunkt der Verhandlung festgelegt.

England befürchtet einen Krieg in Mesopotamien. London, 8. September. Die „Daily Mail“ meldet, daß der Ausbruch eines neuen Krieges im Mesopotamien befürchtet wird. Die britischen Luftstreitkräfte zusammen mit den indischen und arabischen im Mesopotamien stehenden Truppen sind zur Zeit in starker Bereitschaft an der nördlichen Grenze Mesopotamiens, um türkische Kräfte in Schach zu halten, die durch die Kriege Mustafa Kemals ernannt, nun das britische Gebiet Mesopotamiens angreifen. Es ist bereits zu schweren Gefechten gekommen und in einem der letzten sind zwei britische Offiziere verwundet und über 100 indische Soldaten getötet worden. Im britischen Kriegsministerium herrscht in den letzten Tagen und besonders seit dem letzten Ministerrat eine außerordentliche Tätigkeit. Zahlreiche englische Offiziere haben bereits Befehl erhalten, sich sofort nach verschiedenen Punkten Mesopotamiens einzuschiffen. Die englische Admiralität hat alle in den europäischen Meeren verfügbaren Kriegsschiffe nach Kleinasien.

Kleine Mitteilungen.

Berlin. Die wirtschaftliche Organisation des deutschen Handwerks wird wegen allfälliger Beteiligung des deutschen Handwerks bei den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich mit den Vertretern des Stinnes-Kongress in Verbindung treten.

Berlin. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist freitags morgen nach dem Verbot erstmalig wieder erschienen. An der Spitze des Blattes steht es: Von dem, was wir gesprochen haben, haben wir nichts zu bereuen und nichts zurückzunehmen. Der Rechts-weg ist bekanntlich bestritten.

Berlin. Der Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten ermächtigt für die Aufhebung schwerer Verbrechen jordan Belohnungen bis 20 000 Mark (bisher 10 000) auszusprechen.

In Berlin sind gestern eine Betriebsrätevollversammlung Groß-Berlins statt, die von etwa 6000 Betriebsräten besucht war. Auch aus Auswärts waren Betriebsräte erschienen. Die Versammlung war eine Resolution an, in der gefordert wird, einen bis spätestens 22. Oktober nach Berlin zusammenzufordern Reichsbetriebsrätekonferenz einzuberufen, der die Kontrolle der Produktion aller Rohstoffmittel gegen die Verelendung des Proletariats einzusetzen soll.

Rückgang der Mehlpreise?

Der Verband bayerischer Handelsmühlen teilt mit: Die an den Produktionsmärkten endlich eingetretene Preisentpennung für Brotgetreide ermöglicht eine weitere Herabsetzung der Mehlentloerungen.

Klein: Verlobung des vormaligen Kaisers.

Die von amerikanischen Blättern gebrachte Nachricht von einer bevorstehenden Verlobung Kaiser Wilhelms mit der Prinzessin Hermine von Reuß wird von Berliner Stelle, die enge amtliche Fühlung mit dem Haus Doorn hat, als unzutreffend bezeichnet. Diese neue Verlobung ist ebenso erfinden, wie die früheren Verlobungen über eine Wiederverheiratung des Kaisers.

Belgrad. Prinz Georg von Serbien soll die Wahl haben.

Belgrad. Prinz Georg von Serbien soll die Wahl haben, sich als Abgeordneter der Opposition wählen zu lassen. Seine Wahl ist gesichert.

Paris. Der französische Parlamentarier Herriot begibt sich am Dienstag nach Rußland. An der deutsch-russischen Grenze werde er Halt machen und dort entscheiden, ob er seine Reise fortsetzen würde.

Wien. Die im Ausland verbreiteten Gerüchte vom Austritte eines Eisenbahnkreises in Oesterreich sind gänzlich grundlos, in ganz Oesterreich herrscht völlige Ruhe und Ordnung.

Der Krieg in Kleinasien.

Die türkische Beute. Man meldet aus Angora, daß die Türken bis zum 4. September eine ungeheure Beute gemacht hätten. Bis zu diesem Datum betrage die Beute 910 Kanonen, 1200 Kleinwagen, 200 Automobile, 55 Maschinengewehre, dazu 450 Munitionswagen und 34 000 Gewehre. Die Zahl der Gefangenen übersteige an diesem Tage 20 000.

An unsere geschätzten Postbezieher!

Für jeden einzelnen

Man kann unsere Zeitung bei der Post bestellt werden. Wer sich mit dem größeren Betrage für drei Monate nicht festlegen will, betriebe monatlich zu bestellen. Ein besonderer Gang zur Postanstalt ist nicht nötig, da jeder Stadt- und Landbriefträger Bestellungen entgegennimmt.

Verlag des Hochheimer Stadtanzeigers.

200 000 Flüchtlinge in Smyrna.

Aus London wird gemeldet, daß die Zahl der gegenwärtig in Smyrna sich befindlichen Flüchtlinge 200 000 übersteige. Der amerikanische Generalkonsul habe sich bereit erklärt, alles zu tun, um diese Flüchtlinge irgend wie unterzubringen. Unter ihnen befinden sich auch mehrere Tausend griechische Defer-teure.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

* Mit Rücksicht darauf, daß am 7. Oktober 1922 in Frankreich und Belgien wieder die Weltzeitungliche Winterzeit eingeführt wird, hat die deutsche Eisenbahnverwaltung durch Vermittlung des Reichskommissars der Rheinlandkommission gebeten, in diesem Jahre von der Einführung der Weltzeitunglichen Zeit für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes Abstand zu nehmen, da durch den Unterschied zwischen Bahnzeit und Ortszeit für die Bevölkerung große Unzulänglichkeiten entstehen.

* Das Reichsverkehrsministerium teilt über das Belegen von Wägen in der oierten Wagenklasse folgendes mit: Bisher herrscht Unklarheit über das Einnehmen von Wägen in Wagen der oierten Klasse. Wenn auch in den nur mit Wägen für einen Teil des reisenden Publikums versehenen Wägen oierte Klasse Plätze nicht belegt werden dürfen, so erwerben doch Reisende, die bei Abfahrt des Zuges bereits ihre Plätze eingenommen hatten, Anspruch darauf, daß ihnen der Wag bis zur Beendigung ihrer Reise verbleibt. Andere Reisende sind zum Einnehmen der Plätze, auch wenn der Substanz ihn nur vorübergehend verläßt, nicht berechtigt.

* Der Ankauf von Geld für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 11.—17. September unangetastet zum Preise von 5000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 2500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 11. September bis auf weiteres zum 100fachen Betrage des Nennwertes.

* Bekämpfung der Eisenbahn Diebstähle. Die Eisenbahndirektion Mainz hat der Handelskammer Wiesbaden hierzu nachfolgende Ausführungen zugehen lassen: Bewehrungen aus der Öffentlichkeit lassen erkennen, daß vielfach die Ansicht besteht, daß die Eisenbahn Diebstähle fast ausschließlich von Eisenbahnbediensteten begangen oder doch von ihnen geduldet würden und daß es die Eisenbahnverwaltung bei der Bekämpfung der Eisenbahn Diebstähle an der erforderlichen Zeitskraft fehlen läßt. Von den tatsächlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit mit den veränderten Verhältnissen moralischen Niederganges bleiben auch die Eisenbahnen nicht unberührt. Es nahmen hier die Diebstähle an dem der Bahn zur Beförderung anvertrauten Güte einen beträchtlichen Umfang an, daß die Verwaltung dazu überlegen mußte, ganz besondere durchgreifende Maßnahmen anzuordnen. So hat die Reichsbahndirektion Mainz seit Ende des Jahres 1919 einen besonderen Überwachungsdienst eingerichtet, der die planmäßige Bekämpfung der Diebstähle zur Aufgabe hat. Sie war seit dieser Zeit unausgesetzt nach besten Kräften bemüht, den weithin eingetretenen Missetaten entgegenzuwirken und hat nichts unversucht gelassen, die Unregelmäßigkeiten auf ein möglichst niedriges Maß herabzumindein. Es sind seitdem die Diebstähle an Eisenbahnbediensteten um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Während für den Dezember 1919 im Bereich der Reichsbahndirektion Mainz ermittelt wurden: festgestellte Diebstähle 573, sind die Zahl im Juli 1922 268 und wird noch den bisherigen Anzeichen aus weiterhin im Sinken bleiben. Von Dezember 1919 bis Ende Juli d. J. sind insgesamt 464 Diebe an Eisenbahnbediensteten ermittelt worden, von denen nur ein Verhältnis-mäßig geringer Prozentsatz auf Eisenbahnbedienstete entfällt. Da wir die Beobachtung gemacht haben, daß leider des öfteren aus Interessenkreisen unserer Befriedungen entgegengekommen wird, indem die sich nicht scheuen, an Eisenbahnbediensteten mit mehr oder weniger verhehlten Bestechungsangeboten und sonst unredlichen Anfinnen heranzutreten, die dann geeignet sind, Unterstellen zu fördern, möchten wir diese Ausführungen die besondere Bitte hinzufügen, die Verwaltung durch beständige Aufklärung der einzelnen Firmen über die Bedeutung und die Notwendigkeit der Bekämpfung des Diebstahls zu unterstützen und so zur Wiederherstellung der Ordnung mit beizutragen.

Die Bekämpfung der Ernährung mit Markenbrot.

Das Reichsernährungsministerium teilt mit: Durch eine Verordnung über die öffentliche Verpflegung mit Brot vom 8. September 1922 hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Ausführungsbestimmungen zu § 31 des Getreidegesetzes über die Bekämpfung der Verfehlung mit Markenbrot erlassen. Danach werden alle

Oberfl.
Oberstein-
ihren Fort
nicht will
erhebungen
Saarb
Wer erhohe
1200

